

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/230

Bonn, den 4. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Wirbel um ein "Papier"</u> ----- Folgen einer Indiskretion	22
	<u>Allgemeine Erleichterung</u> ----- Zur Beilegung des Tarifkonflikts im Öffentlichen Dienst	22
2 - 3	<u>Vom Schrebergarten zum Kleingartenpark</u> ----- Ersatzlandpflicht bereitet den Gemeinden Sorgen Von Klaus Rusticus, Hannover	78
4 - 5	<u>Mitteldeutscher Alltag</u> ----- Erfolge und Schwierigkeiten in der Wirtschaft Von Walther Böhm	84
6	<u>France schreibt seine Memoiren</u> ----- Rückzug aus der aktuellen Tagespolitik ? Von unseren HD-1-Korrespondenten in Madrid	47

* * *

*

Wirbel um ein "Papier"

Folgen einer Indiskretion

sp - Das offensichtlich durch eine Indiskretion bekanntgewordene "Papier" des Geschäftsführenden Vorsitzenden des KURATORIUMS UNTEILNAHME DEUTSCHLAND, Dr. W.W. S c h ü t z , zu Problemen der Deutschlandpolitik, hat, wie nicht anders zu erwarten war, heftige Reaktionen ausgelöst. Dr. Schütz ist ein Mann, der seit Jahren bemüht ist, Lösungsmöglichkeiten zur Überwindung der Spaltung Deutschlands zu suchen. Ohne sich mit seinen jetzt z.T. veröffentlichten Thesen und Vorstellungen zu identifizieren, bleibt zu bedauern, daß wieder einmal schon im Vorfeld bestimmter Überlegungen Urteile gesprochen werden, die möglicherweise erst am Ende einer gründlichen Diskussion stehen könnten. Schon mehrfach wurden in den vergangenen Jahren mit einer solchen Methode Diskussionen dieser Art abgestoppt. Ob das der Sache dient, darf wohl bezweifelt werden.

Auf der anderen Seite mußte Dr. Schütz wissen, daß es wenig sinnvoll war, seine Thesen und Überlegungen in einer Weise auf den Markt zu bringen, bei der er sich ausrechnen konnte, was daraus wird. Ende dieser Woche findet nun in Berlin die Jahrestagung des KURATORIUMS statt. Sie soll sich u.a. auch mit den Tabus, Realitäten und Positionen der Deutschlandpolitik befassen. Zur Abgrenzung dieser Thematik heißt es im Programm "Was wir wollen und was wir nicht wollen". Unvermeidlich wird nun auch das von Dr. Schütz versandte Papier - oder wie man es sonst immer nennen will - zur Debatte stehen.

+ + +

Allgemeine Erleichterung

Zur Beilegung des Tarifkonflikts im Öffentlichen Dienst

sp - Nach menschlichem Ermessen ist die Streikgefahr im Öffentlichen Dienst gebannt. Die zwei Millionen Arbeiter und Angestellten des Öffentlichen Dienstes, einschließlich der Beschäftigten bei Bundeseisen und Bundespost, dürften bei den bevorstehenden Urabstimmungen den so mühsam ausgehandelten Kompromiß annehmen. Er bringt wesentliche Verbesserungen sowohl im Lohn- und Gehaltsgefüge und zieht auch in einigen Bereichen die Verkürzung der Arbeitszeit, wirksam werdend am 1. Januar 1969 und 1970, um je eine Stunde vor. Die Harmonisierung der Löhne und Gehälter beseitigt manche Ungerechtigkeiten, die die Arbeitnehmer des Öffentlichen Dienstes verbitterten. Natürlich konnten nicht alle Forderungen der Gewerkschaften erfüllt werden. Die Lohn- und Gehaltsunterschiede im Bereich des Öffentlichen Dienstes sind im Vergleich zu den Einkommen in der übrigen Wirtschaft immer noch beträchtlich, aber es ist doch ein großer Schritt in der Richtung auf eine Angleichung getan worden. Der Öffentliche Dienst soll und darf keine Sonderrolle haben was Löhne und Gehälter angeht, weder nach oben noch nach unten.

Unverständlich bleibt das Verhalten des Wortführers der kommunalen Arbeitgeber, des Stuttgarter Oberbürgermeisters Klett. Seine Nichtbeteiligung an den ersten Verhandlungen mit der ÖTV führte zu einer Verschärfung der Lage. Klett gab ein ungutes Beispiel, das hoffentlich bei künftigen Tarifverhandlungen keine Nachahmung findet; solches Verhalten stört das soziale Klima und ermuntert die Scharfmacher.

+ + +

Vom Schrebergarten zum Kleingartenpark

Ersatzlandpflicht bereitet den Gemeinden Sorgen

Von Klaus Rusticus, Hannover

Als der Leipziger Arzt Daniel Schreber vor gut hundert Jahren seinen Freunden und Patienten empfahl, sich "auf der eigenen Scholle" körperlich zu betätigen, auch wenn sie noch so klein wäre, ahnte er nicht, daß seine Idee zur riesigen "Bewegung" werden sollte. Fortan wuchsen überall in den Städten Kleingärten wie Pilze aus dem Boden. So sind heute auch Millionen von Bundesdeutschen daran interessiert, daß durch eine zeitgerechte Änderung des Kleingartenrechts, wie es bereits bis zu einem vorliegenden Entwurf der Bundesregierung gedeutet ist, das von den "Kolonisten" mit viel Fleiß geschaffene Kleingartenwesen nicht eingeeignet wird.

Städtetag: "...nicht mehr zeitgemäß"

Aus gemeindlicher Sicht ist das geltende Kleingartenrecht "nicht mehr zeitgemäß" (KOMMUNALE KORRESPONDENZ des Deutschen Städtetages Nr. 171 vom 17. November 1967). Demzufolge handelt es sich um ein Sonderrecht, das "in Not- und Kriegszeiten entstanden ist". In der Vertretung des Städtetages wird der Schutz gegen Kündigung von Kleingartenpachtverträgen als "außergewöhnlich stark" bezeichnet, was mit "der inzwischen eingetretenen tatsächlichen und rechtlichen Entwicklung insbesondere auf dem Gebiet des Städtebaues nicht mehr zu vereinbaren sei". Wörtlich in der KOMMUNALEN KORRESPONDENZ: "Gegen Städtebau und Stadtplanung verdient das Kleingartenwesen keinen besonderen Schutz mehr". Insofern wird auch von gleicher Seite bedauert, daß der vorliegende Gesetzesentwurf, der bereits vom Bundesrat im wesentlichen gebilligt worden ist, "die Pflicht der Gemeinden, in jedem Falle der Kündigung von Kleingartenland Ersatzland bereitzustellen, nicht berührt".

In der Ersatzlandpflicht erblickt der Städtetag eine der "schwersten Belastungen der Städte". Die Verpflichtung der Gemeinden, in den Bauleitplänen für Dauerkleingärten Flächen auszuweisen, erachtet der Städtetag für ausreichend. Fortschrittlich ist nach Auffassung des Städtetages eine Reform des Kleingartenrechts erst dann, wenn es gelingt, die Ersatzlandpflichten der Gemeinden zu beseitigen oder zumindest wesentlich einzuschränken. Das wurde vom Bundesrat aber lediglich für Berlin und Hamburg vorgeschlagen.

Auf Ersatzland kommt es nicht immer an

Angesichts der erklärten Landnot vieler Gemeinden vermag niemand das hier zitierte Anliegen des Städtetages zu bagatellisieren. Der Städtetag will auch nicht den Schutz und die Förderung des Kleingartenwesens aufhören lassen, sondern vielmehr erreichen, daß,

wie es heißt, "das Kleingartenwesen in der Wertskala der einzelnen öffentlichen und privaten Belange den angemessenen Rang erhalten soll". Wie diese Rangfolge ausfallen soll, steht auf einem anderen Blatt geschrieben. Die organisierten Gartenkolonisten haben damit in den letzten Jahren nicht überall gute Erfahrungen gemacht. Und deshalb sind sie auch sehr empfindlich, wenn ihr Kleingartenrecht geschmälert werden soll.

Es sind freiwillige Leistungen

Manche Kommunalparlamente planten zwar die von den Kleingärtnern in jahrelanger harter Arbeit geschaffenen Kolonien als Daueranlagen als "öffentliches Grün" ein, sie ließen es jedoch an dauerhafter und gleichbleibender Unterhaltungshilfe fehlen. Der Städtetag spricht von "Kleingartenparks", welche, von öffentlichen Gevegen durchzogen, der allgemeinen Erholung dienen können. Wenn auch noch lange nicht überall, aber schon in vielen Städten haben Kleingartenvereine solche Gartenparks aus vereinst brachliegenden Flächen geschaffen. Sie überboten sich dabei vielfach selbst, setzten in kaum zählbaren, von den Kleingartenvereinen beschlossenen Pflichterleistungstunden Bäume, Hecken und Sträucher, legten Wege an und bauten noch dazu in ihren Casen der Ruhe Heime, die im Laufe der Jahre zu Erholungslokalen geworden sind. Der Städter flüchtet dorthin, wenn die Sonne scheint. Infolgedessen rechtfertigen die Zirkelmen oft nicht im geringsten den Aufwand, und zwar für die gesamte Anlage, soweit sie dem Charakter eines solchen Gartenparks entsprechen.

Besonders in jüngerer Zeit erlebten es die Kleingartenvereine, daß die freiwilligen Leistungen, die manche Kommunen schon ohnehin spärlich genug gewährten, angesichts der bekannten Haushaltsnot der Gemeinden bis auf ein Mindestmaß reduziert oder sogar ganz eingestellt wurden. Moderne Gartenkolonien zu schaffen und zu unterhalten, kostet Geld. Die Kolonisten erbrachten es aus der eigenen Tasche, und weil man heute - zwangsläufig zwar bedingt - noch mehr mit öffentlichen Mitteln für die Unterhaltung ihrer Kolonien geizt, sind sie auch verbittert.

Aus ihrer Sicht ist deshalb die Ersatzlandspflicht der Gemeinden ein wesentlicher Bestandteil des geltenden Kleingartenrechts überhaupt, auf das sie keinesfalls verzichten wollen. Es sei denn, die Kommunen wollten überall Beweise erbringen, daß sie die Förderung des Kleingartenwesens für selbstverständlich halten und auch zu finanziellen Opfern bereit sind, wenn eine Gartenkolonie aus zwingenden städtebaulichen Gründen gekürzt und anderweitig neu angelegt werden muß.

Mitteldeutscher Alltag

Erfolge und Schwierigkeiten in der Wirtschaft

Von Walther Ramm

Vor dem Plenum des Zentralkomitees der SED referierte das Mitglied des Politbüros, Dr. Günter Mittag, über Erfolge und Schwierigkeiten im Planjahr 1967 und über das Planjahr 1968. Zwar habe der Plan, wie Mittag ausführte, für das Jahr 1967 gute Ergebnisse erbracht, so daß eine stabile Entwicklung garantiert werden könne, doch bestehen auch erhebliche Mängel, die abgestellt werden müßten. In der Mehrzahl der Industriezweige übersteige das Wachstumstempo die im Planjahr vorgesehenen Ziele. Die Industrieproduktion ist in den vergangenen zehn Monaten um 7,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Die Produktivität je Arbeitsstunde konnte um 8,4 Prozent erhöht werden.

Mittag unterzog die Betriebsleitungen einer harten Kritik. Er wies auf Mängel und Schwierigkeiten hin, mit denen die Wirtschaft noch behaftet ist. Bei der Umstellung der Wirtschaft von der totalen Planung zum "Neuen ökonomischen System der Planung" behindern noch alte Mängel die Produktion. Mittag kritisierte, daß die Forschung sich verzettelt. Wissenschaft und Technik müssen sich deshalb auf Schwerpunkte konzentrieren. Forschungsergebnisse und Neukonstruktionen benötigen bis zur technischen Ausreifung zu viel Zeit. Zeiträume von fünf und sechs Jahren wurden genannt. Neue und höhere Anforderungen stellt das "NÖS" an VVB- und Betriebsleitungen. Nach diesen Richtlinien sind die Leitungen gehalten, in größerer Eigenverantwortung als bisher ihre Betriebe zu führen. Die alte Form der Befehlerteilung und Befehlsausführung muß durch eigene Verantwortlichkeit, durch eigene Initiative ersetzt werden. Jeder Betrieb muß eine strenge Bilanzierung vornehmen, das zwingt zur rationellen Produktion. Noch wirken alte Methoden der Planung fort. Zeit und Mühe müssen aufgewendet werden, damit sich die Betriebsleitungen auf das Neue umstellen können.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Automatisierung in Betrieben und Verwaltungen geschenkt. In der gesamten volkseigenen Industrie erhöhte sich in der Zeit von 1963 bis 1966, also in einem Zeitraum von vier Jahren, der Automatisierungskoeffizient der Arbeit von 4,2 Prozent auf 4,8 Prozent. Die Steigerungsrate betrug also nur 0,6 Prozent. Unter diesem Durchschnitt von 4,8 Prozent liegen wichtige metallverarbeitende Betriebe (!) und Betriebe der Leichtindustrie. In der metallverarbeitenden Industrie lag dieser Koeffizient 1963 bei 2,1 Prozent, der 1966 auf 3,1 Prozent anstieg. Die Zahlen besagen, daß nur ein sehr geringer Teil geleisteter Arbeit voll- oder teilautomatisiert worden ist.

Bei den harten Konkurrenzbedingungen, die auf dem Weltmarkt herrschen, wird die DDR-Wirtschaft gezwungen, will sie rentabel

sein, die Automatisierung energisch vorwärts zu treiben. Auf die Dauer werden dem Staat Subventionen für den Außenhandel zu teuer. Mittag führte dazu folgendes aus:

- * "Die Vielzahl mittelmäßiger devisenunrentabler Erzeugnisse
- * (ist) in der Produktion einzuschränken, die die Effektivität des Außenhandels und die gesamte Volkswirtschaft zunehmend beeinträchtigen..."

Mit dieser Kritik wendet sich Mittag nicht nur an die Betriebe. Unter die Kritik fällt die mangelhafte Arbeit im Außenhandelsministerium. Der Abgang des Ministers Balkow ist nur ein Symptom, das für viele in anderen Ministerien gilt. Wenn es auch nicht zu weiteren Entlassungen von Spitzenkräften kommen dürfte, Veränderungen werden unvermeidlich sein.

- * "Das Politbüro und das Sekretariat des ZK haben deshalb
- * den Fragen der grundsätzlichen Verbesserung der staatlichen Führungstätigkeit besondere Bedeutung zugemessen..."

sagte Mittag zu dieser Frage.

Mit Sicherheit darf angenommen werden, daß, außer dem Außenhandelsministerium, auch andere Ministerien, die in den Industrie- und Landwirtschaftssektor hineinreichen, ihre Arbeit umzustellen gezwungen sind. Die konzernähnlichen Verbindungen, die VVB, sind in diese Kritik mit eingeschlossen. Auch hier wirken noch Arbeitsmethoden fort, die sich nach 1945 eingebürgert hatten und die nach der Einführung des "NÖS" im Jahre 1963 als überholt und unrentabel beseitigt werden müssen.

Auch in diesen Einrichtungen hat die Bürokratie die Feigung, sich in ihren Schützenlöchern einzugraben, wo sie nur durch zwingende Notwendigkeiten herausgeholt werden kann. Befehl und Befehlsausführung, die mit einem maßlosen Papierkrieg verbunden sind, stehen einer modernen Volkswirtschaft entgegen.

Der Druck auf die Betriebsleitungen wirkt in mehrfacher Hinsicht auf sie ein. Einmal stehen junge und gut ausgebildete Kräfte auf Abruf bereit, alte Kräfte, falls sie sich nicht umstellen, abzulösen. Der Strang, der von oben, vom Ministerium über den VVB zu den Betrieben läuft, wird durch einen Strang von unten ergänzt. Etwa 200 000 Gewerkschaftsgruppen in Betrieben und Betriebsgruppen der SED und der FDJ sind in der Lage, auf die Betriebsleitungen einzuwirken. Die Zeit, wo Betriebsleitungen und Betriebsgruppen eine oft verschworene Einheit gegen "die da oben" bildeten, dürfte nach der Einführung des "NÖS" der Vergangenheit angehören. Das Eigeninteresse der Arbeiter gebietet, daß die Betriebe rentabel arbeiten.

Franco schreibt seine Memoiren

Rückzug aus der aktuellen Tagespolitik ?

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Am 4. Dezember vollendet der spanische Staatschef Franco sein 75. Lebensjahr. An der Schwelle des Greisenalters will er die lange Reihe prominenter Memoirenschreiber vermehren, wie die dem katholischen Laienorden "Opus Dei" nahestehende Wochenzeitung "La Actualidad Espanola" unementiert zu berichten weiß. So habe sich Franco bereits einen Verleger gesichert.

Die Gerüchte, Franco wolle sich bald von der aktuellen Tagespolitik völlig zurückziehen, sind seither nicht mehr verstummt, zumal der Generalissimus, der bisher alle Behauptungen über seinen angegriffenen Gesundheitszustand energisch dementieren ließ, in letzter Zeit bei seinem Auftreten in der Öffentlichkeit einen ziemlich abgespannten Eindruck erweckt. Franco hatte für Ende dieses Jahres die Umgestaltung der Regierungsspitze vorgesehen. So ganz aus der Luft gegriffen scheinen diesmal die Spekulationen um den seit über drei Jahrzehnten am Ruder der Alleinherrschaft stehenden Caudillo nicht zu sein.

Es gibt noch ein anderes Indiz, das für diese in Madrid kursierende Theorie spricht: in diesem Spätherbst verzichtete Franco ganz gegen seine Gewohnheit auf den traditionellen Jagdausflug an der spanisch-portugiesischen Grenze, zu dem er sich regelmäßig mit dem portugiesischen Staatspräsidenten Admiral Americo Thomas traf, um auch politische Gedanken auszutauschen. Jetzt schickte Franco dem portugiesischen Präsidenten einen anderen Jagdgenossen und Gesprächspartner, seinen früheren Stellvertreter und langjährigen persönlichen Freund General Agustin Munoz-Grendes.

Das spanische Staatsschiff scheint in schwierige Gewässer zu geraten. Denn das vielgerühmte "Wirtschaftswunder" raste in die Talsohle der Rezession. Schon wittern die unterdrückten Kommunisten neue Morgenluft und sprechen ganz offen davon, der spanische Proletariat sei nun "bald revolutionsreif". Wer Spanien kennt, wird von dieser kommunistischen Euphorie 75 Prozent als reine Übertreibung absehen. Dennoch bleibt die Lage nicht ungefährlich.

Folgt Spanien dem Gesetz der kommunizierenden Röhren? Schon ist in Portugal ein heftiger Kampf um die Macht im Staate entbrannt. Spaniens Franco wird 76, Portugals Salazar 79. Die von beiden geprägte autoritäre Staatsidee wird wohl von einem gutgeölten Machtapparat am Leben erhalten. Die Frage ist nur, ob sich die beiden gegenwärtigen Systeme im Zeitalter der Annäherung an die EWG noch lange behaupten können. Es wäre jedoch ein Irrtum, dramatische Veränderungen auf der iberischen Halbinsel schon für die allernächste Zukunft zu erwarten. Der Falange-Linksaußen Emilio Romero hatte die Lage schon längst erkannt, als er schrieb: "Spaniens Zukunft beginnt nicht morgen, sondern erst übermorgen..."